

ENTLASSEN SIE DIE POLITIK AUS DER SÜNDEBOCKROLLE

Nach dem Soziologen Michael Mann gibt es vier Machtquellen: die militärische, die ökonomische, die politische und die ideologische Macht.¹⁴⁴ Als mächtig werden aber meist nur Staaten mit einer sie steuernden Politik dargestellt. Einflussreiche transnationale Konzerne und sonstige global agierende Strukturen werden in fragwürdiger Weise einzelnen Staaten zugeordnet und in ihrer weltumspannenden Machtausübung weit unterschätzt. Machtvolle Rückwirkungen auf Staaten und auf deren Politik werden ignoriert, da sich solche Prozesse jenseits der Öffentlichkeit abspielen. Der Schlüssel für eine neue Friedenspolitik könnte darin liegen, selbst „starke und aggressive“ Staaten in ihrer Erpressbarkeit wahrzunehmen. Werden nicht mehr vornehmlich Staaten und Politiker, sondern die Mechanismen wirtschaftlicher Nötigung an den Pranger gestellt, dann bahnen sich Wege einer neuartigen Völkerverständigung an. Völker und Regierungen könnten zu dem Ergebnis kommen, dass sie fast alle unter Druck gesetzt werden, Gewalt anzuwenden, ohne es wirklich zu wollen. Eine solche Erkenntnis könnte völlig neue Kräfte für die Bewahrung des Friedens freisetzen.

Die vermeintliche „Allmacht“ der Politiker

Für viele Menschen steht fest, dass der US-Präsident der mächtigste Mann der Welt ist. Den Memoiren von Henry Kissinger ist ein anderes Bild zu entnehmen: „Welcher Anlass es auch sein mag, kein Präsident hat Zeit, seine Reden selbst zu entwerfen. Die außenpolitischen Reden Nixons kamen alle aus der gleichen Quelle. Der Nationale Sicherheitsrat verfasste unter meiner Aufsicht einen detaillierten Entwurf, den Nixon prüfte und vielleicht ein wenig änderte, bevor er ihn an einen Redenschreiber weitergab.“ Neben den Reden wurde Nixon vor Auslandsreisen vom Nationalen Sicherheitsrat und vom Außenministerium „mit umfangreichem Material“ versorgt, u.a. mit einem „Lagepapier“, in welchem dem US-Präsidenten „die „politischen Ziele“, „die Strategie“ und „eine Stellungnahme“ zu Gesprächsthemen vorgegeben wurden. Dabei wurde versucht, „den Gang der Gespräche vorher möglichst genau festzulegen“. Dem US-Präsidenten wurden nach Angaben von Kissinger sogar die „Antworten“ vorformuliert, die er in den Gesprächen geben sollte. Der US-Präsident sei dabei in den Gesprächen nie über „die festgelegten Grenzen“ hinausgegangen, betont Kissinger. Bezogen auf Nixons Europa-reise im November 1969 schreibt er: „Auf dem Flug nach Europa lernte der Präsident (...) unsere Analysen Punkt für Punkt auswendig“. Auf diese Weise vorbereitet, führte er Gespräche u.a. in Brüssel im königlichen Palast und bei der NATO, im Londoner Buckingham-Palast mit Königin Elisabeth sowie mit dem Papst in Rom. Zur Bedeutung Roms und des Vatikans schrieb Kissinger: „Es war der Regierungssitz eines Weltreichs im klassischen Altertum gewesen. Seit anderthalb Jahrtausenden befand sich hier auch der Regierungssitz des Papstes, der Vatikan (...) Die italienische Regierung zog in die Stadt des Papstes, und das Papsttum blieb in Rom die zentrale Institution.“¹⁴⁵

Rainer Mausfeld von der Universität Kiel sagte 2015 in einem viel beachteten Vortrag, die gesamte abendländische Ideengeschichte sei von einer tiefen Demokratieskepsis und oftmals De-

mokratiefeindlichkeit durchzogen. Laut James Madison, einem der Gründungsväter der US-amerikanischen Verfassung, müsse jede Regierungsform so gestaltet sein, dass sie die Minorität der Reichen gegen die Majorität der Armen schützt. Regierungsberater Samuel Huntington stellte fest, Präsident Truman habe das Land lediglich mit einer relativ kleinen Zahl von Anwälten und Bankiers der Wallstreet regieren können. Die Washington Post stellte am 21. April 2014 fest: „America is no longer a democracy (...)“ Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter nannte in einem Interview am 28. Juli 2015 die USA eine „Oligarchie“. Die Politikwissenschaftler Martin Gilens und Benjamin Page kamen in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass der Wille der großen Masse der Amerikaner Null Einfluss auf politische Entscheidungen hätte. 70 Prozent der Bevölkerung hätten überhaupt keinen Einfluss auf politische Entscheidungen. Nach Auffassung von Mausfeld betrachten die herrschenden Eliten Demokratie als eine „notwendige Illusion“. Das von den Eliten erwünschte Modell sei eine „Zuschauerdemokratie“. Und: „Aus Sicht multinationaler Konzerne stellt Demokratie vor allem ein Geschäftsrisiko dar.“¹⁴⁶

Der Historiker Udo Sautter skizziert in seiner Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika die Macht und den gewaltigen Einfluss der Konzerne auf die Politik. Er schreibt vom zunehmenden „Misstrauen, mit dem das Wachstum der Großfirmen betrachtet wurde. Allein in den 1960er Jahren vergrößerten die sieben Dutzend Industrieunternehmen mit einer Bilanzsumme von über einer Milliarde Dollar ihren Anteil am Wirtschaftsprodukt von einem Viertel auf fast die Hälfte. Weniger als ein Prozent aller Firmen nahm 88 Prozent aller Gewinne ein. Der Trend zum Monopol oder Oligopol war in vielen Wirtschaftszweigen spürbar und wurde durch die Tendenz zur Absorption anstelle des Ausscheidens der im Wettbewerb Unterlegenen noch verstärkt. Die Macht, welche die Manager einiger weniger Auto-, Öl- oder Elektronikfirmen in Händen hielten, war aber nicht nur wirtschaftlicher Natur. Schwer zu kontrollieren durch die eigentlichen Kapitalbesitzer, gegenüber gewählten Politikern eindeutig

im Besitz eines Statusvorteils, bei Regierungsaufträgen oft ohne Konkurrenz, verfügten sie über ein kaum sichtbares, schwer greifbares und doch überaus wirksames Entscheidungspotenzial, das die Idee vom souveränen Volk in bemerkenswertem Maß zur Fiktion reduzierte. Die Tatsache, dass sich der Verkaufserlös der amerikanischen Tochtergesellschaften und Unternehmensfilialen im Ausland 1969 auf 142 Milliarden Dollar belief und damit größer als das Bruttosozialprodukt Frankreichs oder Großbritanniens war, zeigte die globale Bedeutung dieses Problems. Eisenhower, gewiss kein Sozialrevolutionär, fühlte sich in seiner Abschiedsadresse dazu getrieben, vor den Gefahren des ‚military-industrial complex‘ zu warnen¹⁴⁷, so Sautter.

Auch US-Präsident John F. Kennedy klagte über einen militärisch-industriell-geheimdienstlichen Komplex. Am 27. April 1961 sagte er in New York in einer Rede vor wichtigen Zeitungsverlegern des Landes: „Wir sind mit einer weltweiten monolithischen und skrupellosen Verschwörung konfrontiert, die ihren Einfluss mit verdeckten Mitteln ausdehnt (...) Es ist ein System, in dem gewaltige menschliche und materielle Ressourcen für den Aufbau eines straffen, hocheffizienten Apparates verpflichtet wurden, der militärische, diplomatische, geheimdienstliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Operationen aufeinander abstimmt.“¹⁴⁸

In vergleichbarer Weise machte der deutsche Spitzenpolitiker und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer deutlich, dass wesentliche politische Entscheidungen nicht von den gewählten Politikern getroffen werden. Am 20. Mai 2010 sagte er im deutschen Fernsehen (ARD): „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“

Manche dieser Äußerungen mögen bewusst übersteigert sein. Der Grad demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten und die Machtbalance zwischen Politik und Konzernen und sonstigen Strukturen der Eliten können und sollen hier nicht quantifiziert werden. Es geht allein um die Feststellung, dass die vermeintliche

Allmacht der Politiker eine Illusion ist. Einen für maximal acht Jahre amtierenden amerikanischen Präsidenten als den mächtigsten Mann der Welt zu titulieren oder eine deutsche Bundeskanzlerin zur mächtigsten Frau der Welt zu küren, ist ebenso abwegig wie die Annahme, ein russischer Staatspräsident könne „allmächtig“ in diesem Riesenreich schalten und walten wie er wolle. Dies dient allein dem Zweck, alle Verantwortung und Schuld – nicht zuletzt, wenn es um Entscheidungen über Krieg und Frieden geht – auf Politiker abzuladen und andere Machtstrukturen und Entscheidungsträger dabei nicht in den Blick zu nehmen. Politiker sind nicht zuletzt auch eine Projektionsfläche für die Wut der Massen über Entscheidungen, die die Politiker zumindest nicht alleine getroffen haben.

Das globale Geflecht der transnationalen Konzerne

Wie entsprechend den Warnungen Eisenhowers und John F. Kennedys zu entnehmen ist, ist die Politik in massiver Weise den Einflüssen wirtschaftlicher Macht unterworfen. Die Darstellungen der beiden US-Präsidenten erscheinen aufgrund einer vor wenigen Jahren durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchung sehr plausibel.

Die Studie „The Network of Global Corporate Control“ der renommierten Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich von 2011 macht in besorgniserregender Weise deutlich, wie eng die Wirtschaft über die einflussreichsten Banken und sonstigen Großkonzerne weltweit miteinander verbunden ist. In der Studie kristallisierten sich 1318 Konzerne heraus, die im Durchschnitt mit jeweils 20 weiteren Konzernen verflochten waren. „Das führt dazu, dass diese Unternehmen – obwohl sie nur ein Fünftel der globalen Umsätze ausmachen – insgesamt vier Fünftel der Umsätze von internationalen Konzernen kontrollieren“, schrieb die Frankfurter Rundschau. Die Forscher stellten